

An die Medienschaffenden

Zürich, 20. Mai 2019

Renteninitiative – Rentenalterangleichung & Organisation Komitee

Es gilt das gesprochene Wort

Gerne gehe ich in meinen Ausführungen auf einen inhaltlichen und einen organisatorischen Punkt ein. Zuerst werde ich erörtern, wieso unsere Initiativ-Varianten eine Angleichung des Rentenalters von Frau und Mann vorsehen. Weiter gebe ich einen kurzen Überblick über unsere Vorstellungen zur Organisation des Initiativkomitees.

Bezüglich Angleichung Rentenalter: Grundsätzlich erwarten wir als junge Menschen, dass die Gleichstellung von Frau und Mann dringend auch auf Stufe der Altersvorsorge erfolgt. Es ist uns aber durchaus bewusst, dass wir uns diesbezüglich auf emotionale Diskussionen einlassen, die gemässigte Lösungen verlangen. Diesen Umstand haben wir in der Erarbeitung unserer Varianten einfließen lassen. Die beiden nachhaltigen Vorschläge *Schuldenbremse* und *Lebenserwartung*, sehen in den Übergangsbestimmungen vor, dass das Renteneintrittsalter der Frau mindestens 4 Jahre nach Annahme der Initiative innert 6 Jahren an jenes des Mannes angeglichen werden muss. Dies gibt der Gesellschaft nach Annahme also mindestens 10 Jahre Zeit, um beispielsweise die angestrebte Lohngleichheit weiter voranzutreiben. Die Variante „66 pur“ sieht bezüglich Erhöhung für beide Geschlechter denselben Monatsschritt vor. Das Frauenrentenalter erhöht sich also ab demselben Startpunkt wie jenes des Mannes, erreicht allerdings 66 zu einem späteren Zeitpunkt. Es wird bewusst von höheren Monatsschritten abgesehen, um der Frau für ihre Planung mehr Zeit zu lassen. Sie sehen also: unsere Varianten erfüllen zwar unsere Forderung nach gleichem Rentenalter. Gleichzeitig sehen sie allerdings von Maximalforderungen ab, da wir die Situation der Frau und den emotionalen Aspekt der Diskussion respektieren.

Für die Zusammenstellung des Initiativ-Komitees haben wir bereits ab den ersten Vorbereitungen diverse Gespräche geführt. Der Einbezug verschiedener Altersgruppen, sowie eine breite politische Abstützung sind uns wichtige Anliegen. Der Diskurs hat ergeben, dass ein Zusammenhalt der Generationen und der politischen Partner nicht nur realistisch, sondern sogar sehr erwünscht ist. In den kommenden Wochen werden wir mit den diversen bürgerlichen Jungparteien, sowie mit Verbänden und Interessensvertretern im Bereich der Altersvorsorge, den Ball wiederaufnehmen. Nach dem konkreten Entscheid der Mitglieder vom 23. Juni und somit der Festlegung der initiativreifen Variante, werden wir gerne informieren, welche Jungparteien, Mutterparteien sowie welche weiteren Partner wir zu unserer Allianz dazuzählen dürfen.

Maja Freiermuth, Generalsekretärin Jungfreisinnige Schweiz